Asyl: Entscheidung in elf Tagen

Präsident Schmidt: Für Syrer kurze Verfahren – Legale Zuwanderung

DINKELSBÜHL (sh) – Asylanträge von syrischen Flüchtlingen werden inzwischen innerhalb von elf Tagen entschieden. Das sagte der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Dr. Manfred Schmidt, in Dinkelsbühl. Vor ein paar Monaten hätten Syrer noch vier Monate gewartet. Angesichts einer Anerkennungsquote von nahezu 100 Prozent hätten längere Verfahren keinen Sinn.

Wie Schmidt auf einer Informationsveranstaltung der CSU erklärte, beschränkt sich das Bundesamt bei Antragsstellern aus Syrien inzwischen auf die Identitätsfeststellung und eine Sicherheitsüberprüfung. Dank verschiedener Methoden wisse man relativ genau, „mit wem wir es zu tun haben".

Anträge aus Ländern vom Westbalkan (Serbien, Bosnien und Mazedonien) sind dagegen kaum erfolgreich. Laut Schmidt lag die Quote hier zuletzt bei 0,2 Prozent. Rund 44 000 Menschen aus den drei Staaten suchten im vergangenen Jahr in Deutschland um Asyl nach. Zählt man die Anträge aus Albanien und dem Kosovo hinzu, waren es 61 000.

Schmidt machte klar, dass beim Asyl schon lange nicht mehr alles national entschieden werde. Das europäische Asylsystem ist nach seinen Beobachtungen keineswegs von einem gemeinsamen Wertekanon geprägt. So nähmen bislang nur fünf EU-Länder in nennenswertem Umfang Flüchtlinge auf.

Die Frage eines gerechten Lastenausgleichs oder eines Verteilungsschlüssels stellt sich für Schmidt aber nicht, wenn manche Länder Hilfesuchende so behandeln, wie sie sie behandeln: In Rumänien beispielsweise würden Asylbewerber grundsätzlich inhaftiert; zum Arztbesuch werden sie in Handschellen und Ketten vorgeführt. In Italien müssten selbst Familien mit Kleinkindern unter Brücken schlafen – mit der Folge, dass Deutschland Flüchtlinge auf Gerichtsbeschluss nur noch abschieben darf, wenn die italienischen Behörden eine familiengerechte Unterbringung zusagten. „Das werden die nicht tun", ist sich Schmidt sicher und fragt: „Haben diese Staaten die europäische Menschenrechtskonvention unterschrieben – ja oder nein?"

Der Präsident mit Dienstsitz in Nürnberg sprach wirtschaftliche Rahmenbedingungen an. „Warum kommen Menschen aus Spanien, aus Italien hierher? Weil es in den anderen Ländern keine Arbeitsplätze und keine Perspektiven gibt. Das Schlimmste, was ihnen heute passieren könnte, wäre, anerkannter Flüchtling in Italien zu werden." Da es in Italien auf Netzwerke, Beziehungen und Familienverbünde ankomme, habe der Fremde, und sei er ein hoch qualifizierter Bauingenieur, kaum eine Chance.

Ein ungelöstes Problem ist laut Schmidt, dass Hilfesuchende keine Möglichkeit haben, legal nach Europa oder nach Deutschland zu kommen, um einen Asylantrag zu stellen. Solange das so sei, werden Schlepper mit ihrem Geschäftsmodell fünf Milliarden US-Dollar machen, werde es Boote über das Mittelmeer geben – mit zuletzt 3500 Toten.

Schmidt berichtete von Berechnungen seiner Experten, wonach ein Schiff mit 700 Menschen an Bord den Schleppern einen Gewinn von fünf Millionen Euro einbringt. Wenn Menschen aus Verzweiflung trotz Lebensgefahr versuchten, europäischen Boden zu erreichen, werde es nicht gelingen, sie mit irgendwelchen Grenzsicherungen aufzuhalten.

„Deswegen", so Schmidt, „diskutiert mein Minister, ob wir nicht Aufnahmezentren in Transitländern haben müssen, ob wir nicht tatsächlich unser europäisches Asylsystem nach vorne verlagern." Mit Kollegen des UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der UN, und der europäischen Asylunterstützungsbehörde könnte man in Kairo entscheiden und nicht in Zirndorf. Werde Asyl gewährt, würden die Menschen sicher nach Europa, nach Deutschland gebracht.

In den Transitländern könnte man dann auch über legale Zugänge nach Deutschland informieren. „Wir haben von der OSZE, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, bescheinigt bekommen, wir haben das liberalste Zuwanderungsrecht Europas. Nur da draußen kennt das keiner." Was das bedeutet, schilderte Schmidt an einem Beispiel: Ein gut ausgebildeter Mann schlägt sich nach Deutschland durch. Er will hier arbeiten. Sein Asylantrag wird abgelehnt. Er kehrt zurück, geht zur deutschen Botschaft, beantragt ein Visum als Fachkraft, reist ein und gut ist es. „Sein Fehler war: Er hat Asyl geschrien."

Für seinen Vortrag erhielt Manfred Schmidt viel Beifall, und wie Dinkelsbühls CSU-Chef Manfred Scholl sagte, will der Präsident wiederkommen – dann zu einer ausführlichen Diskussion.

Anfang Januar kamen knapp 100 Asylbewerber in Dinkelsbühl an. Eine Turnhalle war für zwei Wochen ihre Notunterkunft. Fotos: Haberl

onsveranstaltung der CSU erklärte, beschränkt sich das Bundesamt bei Antragsstellern aus Syrien inzwischen auf die Identitätsfeststellung und eine Sicherheitsüberprüfung. Dank verschiedener Methoden wisse man relativ genau, „mit wem wir es zu tun haben".

Anträge aus Ländern vom Westbalkan (Serbien, Bosnien und Mazedonien) sind dagegen kaum erfolgreich. Laut Schmidt lag die Quote hier zuletzt bei 0,2 Prozent. Rund 44 000 Menschen aus den drei Staaten suchten im vergangenen Jahr in Deutschland um Asyl nach. Zählt man die Anträge aus Albanien und dem Kosovo hinzu, waren es 61 000.

Schmidt machte klar, dass beim Asyl schon lange nicht mehr alles national entschieden werde. Das europäische Asylsystem ist nach seinen Beobachtungen keineswegs von einem gemeinsamen Wertekanon geprägt. So nähmen bislang nur fünf

mit der Folge, dass Deutschland Flüchtlinge auf Gerichtsbeschluss nur noch abschieben darf, wenn die italienischen Behörden eine familiengerechte Unterbringung zusagten. „Das werden die nicht tun", ist sich Schmidt sicher und fragt: „Haben diese Staaten die europäische Menschenrechtskonvention unterschrieben – ja oder nein?"

Der Präsident mit Dienstsitz in Nürnberg sprach wirtschaftliche Rahmenbedingungen an. „Warum kommen Menschen aus Spanien, aus Italien hierher? Weil es in den anderen Ländern keine Arbeitsplätze und keine Perspektiven gibt. Das Schlimmste, was ihnen heute passieren könnte, wäre, anerkannter Flüchtling in Italien zu werden." Da es in Italien auf Netzwerke, Beziehungen und Familienverbünde ankomme, habe der Fremde, und sei er ein hoch qualifizierter Bauingenieur, kaum eine Chance.

Menschen aus Verzweiflung trotz Lebensgefahr versuchten, europäischen Boden zu erreichen, werde es nicht gelingen, sie mit irgendwelchen Grenzsicherungen aufzuhalten.

„Deswegen", so Schmidt, „diskutiert mein Minister, ob wir nicht Aufnahmezentren in Transitländern haben müssen, ob wir nicht tatsächlich unser europäisches Asylsystem nach vorne verlagern." Mit Kollegen des UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der UN, und der europäischen Asylunterstützungsbehörde könnte man in Kairo entscheiden und nicht in Zirndorf. Werde Asyl gewährt, würden die Menschen sicher nach Europa, nach Deutschland gebracht.

In den Transitländern könnte man dann auch über legale Zugänge nach Deutschland informieren. „Wir haben von der OSZE, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, bescheinigt bekommen,

Anfang Januar kamen knapp 100 Asylbewerber in Dinkelsbühl an. Eine Turnhalle war für zwei Wochen ihre Notunterkunft. Fotos: Haberl

wir haben das liberalste Zuwanderungsrecht Europas. Nur da draußen kennt das keiner." Was das bedeutet, schilderte Schmidt an einem Beispiel: Ein gut ausgebildeter Mann schlägt sich nach Deutschland durch. Er will hier arbeiten. Sein Asylantrag wird abgelehnt. Er kehrt zurück, geht zur deutschen Botschaft, beantragt ein Visum als Fachkraft, reist ein und gut ist es. „Sein Fehler war: Er hat Asyl geschrien."

Für seinen Vortrag erhielt Manfred Schmidt viel Beifall, und wie Dinkelsbühls CSU-Chef Manfred Scholl sagte, will der Präsident wiederkommen – dann zu einer ausführlichen Diskussion.

Am Ende reichten die Stühle bei weitem nicht aus: Die Dinkelsbühler CSU hat mit der Infoveranstaltung „Flucht und Asyl – Chance oder Herausforderung?" viele Besucher angelockt, auch von außerhalb des Landkreises Ansbach.

Will wieder kommen: BAMF-Präsident Dr. Manfred Schmidt.